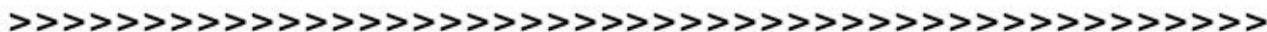




Die Politik Postille Nr. 4



◦ Elena ◦ Israel ◦ Koelle ◦ Bilderraetsel ◦ WM 2010 ◦ Psychiatriekritik Teil 3 ◦



Inhalt:

S.3: Im Eichwald

DJ Osten dichtet

S. 4: 2012

I. Tichy über Datensammelwut und Elena

S. 8: Warum Israel?

eine Antwort von Moritz mojn Mattke

S. 10: Kritik der Psychiatrie – Teil 3

letzter Teil der Serie von David Wichera

S. 19: WM 2010: „Ein Stern, der Deinen Namen trägt ...“

Philipp Jacks über gewisse Fußballsponsoren

S. 22: Bilderrätsel

Ratespaß von 4e

S. 23: „Kölsche ... prima un mit nix jet am Hoot“

von Fido

S. 27: Who are you?

über die HerausgeberInnen

S. 28: Impressum/Coupon

Im Eichwald

by DJ Osten

Wie in den Werken großer Dichtung,
betritt still ein Reh die helle Lichtung.
Doch lässt sich das Tier nicht fassen.
Zu scheu ist das Wesen, und blassen
Bildern in Gedanken weicht es aus.

Und schon ist das Wild entkommen,
das einem Klischee hier entnommen.
Auch die Lichtung ist schon verdrängt,
wie 's Licht, das die Stimmung einfängt.
So kommt wieder gar nichts dabei 'raus.

Das Werk als Behälter schlug leck.
Gedichtet, aber nicht ab, sondern weg,
wurde 'n Naturbild, das auf die Schnelle
verrann durch eine undichte Stelle.
Ja gibt 's denn so 'was im deutschen Haus?

(Wer sieht da den Wald vor lauter Bäumen?
Wer kann da in Ruhe von Freiheit träumen?)
Wir müssen hier 'raus ohne Mätzchen.
Zeig mir 'nen Weg aus dem Eichwald, Kätzchen!

2012

von I.Tichy

So ein Jahreswechsel ist traditionell die Zeit der Prognosen. Menschen gießen Blei ins Wasser und sich selbst kräftig einen hinter die Binde. Dermaßen beseelt, harren sie auf Zeichen, die ihnen verraten könnten, ob künftig alles nur schlimmer oder doch sehr viel schlimmer wird. Dann geht 's für gewöhnlich recht schnell und plötzlich ist 's da: das neue Kalenderjahr. Dieses mal war 's gar eine neue Dekade. Während die meisten BürgerInnen ihre verkaterten Schädel noch in die Kissen drückten, blies die Regierung – auch das ist Teil einer alljährlichen Zeremonie – zum Aufbruch der Nation. Klar doch, der und dem Einzelnen stünden mitunter harte Zeiten bevor ließ sie in vertrauter Leier verlautbaren, doch es gebe – Krise hin oder her – nicht den geringsten Grund zur Panik. Vieles werde in Zukunft schlichtweg einfacher, mitunter dank Elena.¹

1 <http://xrl.in/4d1p>

Wer dahinter ein Musical oder eine Wetterfront vermutet, liegt völlig daneben: Elena ist die Koseform von „Elektronischer Entgeldnachweis“, einem Verfahren, bei dem fortan allerlei Daten von über 40 Millionen Erwerbstätigen auf Chipkarten gespeichert und zentral verwaltet werden sollen. Die Idee ist nicht neu, die Bezeichnung schon: Unter Schröder hieß das Unterfangen noch „JobCard“. Das Konzept geht auf einen Vorschlag der Kommission "Moderne Dienstleistungen am Arbeitsplatz" unter Peter Hartz und auf Forderungen von Arbeitgeberverbänden zurück. Letztere zeigen sich entsprechend erfreut, daß es nun endlich losgeht. Auch wenn viele selbst noch keinen Plan haben, wie das laufen soll, anderen die neue Regelung nicht einmal bekannt ist: Seit dem 1. Januar sind ArbeitgeberInnen dazu verpflichtet, Daten aus den monatlichen Lohn- und Gehaltsabrechnungen elektronisch an die sogenannte Zentrale Speicherstelle bei der Deutschen Rentenversicherung in Würzburg zu übermitteln. Bis 2012 soll Elena mit Informationen gemästet werden und so zur größten Sammlung personenbezogener Daten der bundesdeutschen

Geschichte heranwachsen. Dann tritt die nächste Stufe in Kraft: Die Arbeitsagenturen sowie „weitere Stellen“ – hier läßt die Gesetzgebung ganz bewußt reichlich Platz für nachträgliche Ergänzungen – erhalten Zugriff auf die Zentralkartei. Der Datenabgleich erfolgt über einen elektronischen Schlüssel, den die Versicherten zuvor besorgen, bzw. (zum Preis von 10 Euro für 3 Jahre) erwerben müssen. Eine neue Karte ist nicht von Nöten. Die digitale Signatur soll auf Chips bestehender Karten, etwa von Banken, oder auch auf den elektronischen Personalausweis aufgespielt werden können.² Telekom, Post und Bundesdruckerei, bei denen der Schlüssel gekauft werden muß, frohlocken angesichts der neuen Profitquelle.³ Mit der Signatur identifiziert sich die/der Versicherte bei der Speicherstelle und „gestattet“ der jeweiligen Behörde, diese Daten abzurufen, etwa um Leistungsansprüche (Arbeitslosengeld, Wohngeld, Elterngeld,...) zu überprüfen. Daß die Behörde, wie behauptet, zum

2 <http://xrl.in/4doa>

3 <http://xrl.in/4do3>

Datentransfer tatsächlich das Einverständnis des/der Betroffenen benötigen wird, darf wohl bezweifelt werden. Phase 3, so sieht es die Agenda vor, tritt 2015 in Kraft, wenn auch die Einkünfte aus Krankengeld, Kurzarbeiter- und Arbeitslosengeld sowie Rentenzahlungen registriert werden sollen. Der ganze Papierkram, jubilieren die MacherInnen, gehöre dann ein für alle Male der Vergangenheit an. So simpel, so günstig.

Zugleich gesteht man selbst in den Reihen der eifrig an der Umsetzung werkelnden Regierungskoalition ein, daß Elena Datenfelder umfaßt, „... die weit über den reinen Entgeltbezug hinausgehen und damit die Gefahr einer umfassenden Profilbildung der Arbeitnehmer in sich bergen.“⁴ Was das im Detail bedeutet, wurde bislang lieber nicht an die große Glocke gehängt – obwohl es schon seit September des vergangenen Jahres feststeht: Die Liste der Angaben, die Unternehmen über ihre Beschäftigten zu machen haben, ist ganze 56 Seiten lang. Erfast werden unter anderem Elternzeiten, Urlaube, Fehlzeiten,

4 <http://xrl.in/4d1o>

Beteiligung an Streiks, Aussparungen, Abmahnungen, sowie Einträge über mögliches Fehlverhalten und Kündigungsgründe – aus Arbeitgebersicht, versteht sich. Die detaillierte Schilderung von "vertragswidrigem Verhalten" brauche man für eine eventuelle Entscheidung über eine Sperrzeit beim Arbeitslosengeld, heißt es dazu aus der Bundesagentur für Arbeit. Daß ein großer Teil der Erfaßten die Sozialleistungen, für die es solcher Detailangaben bedarf, zeitlebens nicht in Anspruch nehmen werden, ist sichere Sache, wenngleich nur ein schwaches Argument gegen dieses Prestigeprojekt der Vorratsdatenspeicherung. Schließlich dürften sich selbst den Gutgläubigsten Zweifel aufdrängen, ob es hier wirklich primär um Entbürokratisierung und das Einsparen von Papier geht. Tatsächlich mehrt sich die Kritik an dem monströsen Plan. Etwas spät, möchte man meinen, steht Elena doch seit 2002 auf der Agenda. Nun plötzlich wirkt sie wie eine alte Bekanntschaft, an die man sich mitunter deshalb schwach erinnert, weil sie einem schon damals irgendwie unsympathisch war. Angesichts der Tatsache, daß fast alle etablierten Parteien an der

Erschaffung des „Datenmonsters“ beteiligt waren, wirken die Vorbehalte und „verfassungsrechtliche Bedenken“, wie sie neuerdings aus den Mündern von PolitikerInnen purzeln, hochgradig schizophrene. „Am besten wäre es, Elena ganz zu stoppen.“, meint etwa Ulrich Goll (FDP), deutlich fürchtend, daß es dafür nun zu spät sein könnte.⁵ Daß die Speicherstelle betont, die gesammelten Datenmassen würden vor Ort mit modernsten Methoden verschlüsselt und anonymisiert, vermag wohl auch ihn nicht mehr so recht zu beruhigen. Um zu begreifen, daß sich nur verschlüsseln läßt, was zuvor in Reinform vorliegt, braucht man kein Nerd zu sein. So gesehen führen die zahlreichen Warnungen vor einem eventuellen Mißbrauch der gesammelten Daten in die Irre, liegt doch der Mißbrauch bereits im Horten der selbigen. Das Elena-Verfahren sieht das Errichten einer gigantischen Datendeponie vor. Auf kurz oder lang werden sämtliche staatliche Instanzen, aber auch privatwirtschaftliche Unternehmen dort nach verwertbaren Informationen wühlen und zwar mit

5 <http://xrl.in/4dp5>

was? Mit Recht. Von Datendiebstahl kann dann, zumindest formaljuristisch, nicht mehr die Rede sein. Die Geschichte rapide fortgeschrittener Überwachungsmechanismen macht deutlich, daß die Gesetzgebung in aller Regel der Praxis folgt und zwischen Miß- und Gebrauch von Informationen oft nur eine Unterschrift – sprich: die des BuPrä – liegt.⁶ Meist erfolgt die Legitimierung solcher „Maßnahmen“ im Nachhinein, wie z. B. beim sogenannten „Bundestrojaner“, der sich zum Zeitpunkt der gesetzlichen Absegnung längst auf zahlreichen privaten Computern eingenistet hatte. Auch der „Lauschangriff“ war in vollem Gange lange bevor eine gesetzliche Grundlage dazu existierte. Der Vergleich zur Orwellschen Antiutopie mag überstrapaziert erscheinen, doch zu hoffen, ausgerechnet dem Polizei- und Sicherheitsapparat würde der Zugang zur zentralen Datenhalde verwehrt, wäre irrsinnig. Gleichermäßen gaga wäre es, auf Nachbesserungen zu vertrauen, die das Arbeitsministerium neuerdings verspricht. So verspätet und aussichtslos der Kampf

6 <http://xrl.in/4dpl>

gegen die neue Kontroll- und Bespitzelungsoffensive wirken mag, so vehement gilt es, ihn aufzugreifen. Eine erste Online-Petition gegen das Elena-Verfahren und für informelle Selbstbestimmung ist bereits gescheitert⁷. Eine Zweite, in welcher die Kritik leider nicht ganz so grundsätzlich formuliert wird, lädt noch bis März zum Unterzeichnen ein.⁸ Sollten sich unter den werten LeserInnen dieses Artikels wider Erwarten ArbeitgeberInnen befinden, so mögen sie doch bitte der impliziten Empfehlung des Unternehmensberaters Hans Gliss folgen und wenigstens passiven Widerstand leisten: "Manche wollen veranlassen, dass erst einmal nicht alles herausgegeben wird, und dann schauen, was passiert."⁹

7 <http://xrl.in/4doj>

8 <http://xrl.in/4dok>

9 <http://xrl.in/4d1o>

Warum Israel?

von Moritz mojn Mattke

Es geht um Israel. Immer und immer wieder. Wenige Diskussionen haben in der linksradikalen Debatte zu derartigen Verwerfungen geführt, wie die Diskussion um die Themen des Nahost-Konflikts und kaum ein Thema hat derart viele Gruppen gespalten und geschaffen.

Der folgende Text hat nicht die Absicht diese Debatte komplett wiederzugeben. Vielmehr soll eine Argumentation vorgestellt werden, welche das Existenzrecht Israels verteidigt und zu untermauern sucht. Dabei soll zunächst kurz auf die Rolle des Antijudaismus und später des Antisemitismus in der Geschichte eingegangen werden:

Seit Menschengedenken werden Jüdinnen und Juden verfolgt. Als Verantwortliche für Brunnenvergiftung, verschwundene Kinder, schlechte Ernten etc. sah sich das Judentum immer wieder einem christlich (oder muslimisch) orientierten Antijudaismus ausgesetzt, welche zumeist in

Pogromen und Vertreibung mündete. Als „Mörder unseres Herrn Jesus Christus“ wurden sie für all jene Dinge verantwortlich gemacht, welche im Rahmen der beschränkten Weltsicht des Mittelalters nicht zu erklären waren. Insofern ist zunächst nur konsequent, dass die ersten Ansätze einer Emanzipation des Judentums im Rahmen der Aufklärung und des Beginns der industriellen Revolution stattfanden. So hat Napoleons Code Civil Jüdinnen und Juden zu ebenbürtigen StaatsbürgerInnen erklärt und diese Botschaft der Zivilisation bis ins Herz der Teutonischen Wälder tragen können. Mit Ende seiner Herrschaft ging sie allerdings wieder verloren. Ferner sahen sich die Menschen weiterhin Unerklärlichem ausgesetzt. Vermochte die Wissenschaft zwar die Natur zu entzaubern, so gelang es ihr jedoch noch nicht, Marktmechanismen, die Folgen abstrakter Kapitalherrschaft, zu erklären. Und so wurden all die Seiten des neuen Gesellschaftssystems, die jenseits konkreter Arbeit lagen, auf Jüdinnen und Juden projiziert, die im Rahmen der neuen Gesellschaftsordnung aufzublühen schienen. Die Hepp-Hepp-Progrome 1819 sind nur ein

Beispiel dafür. Den grausamen Höhepunkt der Judenverfolgung stellt das „dritte Reich“ dar. Jeglichem Humanismus zuwider wurden 6 Millionen Jüdinnen und Juden mit den Mitteln der Massenindustrie grausam ermordet. Jeder Versuch dieses Handeln im Rahmen einer beliebigen Logik zu erklären, muss zwangsläufig fehlschlagen. Das Deutsche Reich war bereit unterzugehen, solange das Weltjudentum nur mit ihm untergehe. Und das obwohl sicherlich einige jüdische Großindustrielle gerne in die NSDAP eingetreten wären, hätte man sie nur gelassen. An mangelndem Willen zur Anpassung kann es nicht gelegen haben.

Unter diesen Umständen ist nun der Staat Israel zu betrachten. Es soll hier nicht auf die religiöse Bedingung eingegangen werden, welche die Legitimität des jüdischen Staates aus der Thora ableitet, auch nicht auf jene der Kibbuzim, welche in kommunistischer Manier ihren Besitz aus der Urbarmachung des Bodens ableiteten. Es soll vielmehr dargelegt werden, warum die Staatsform die einzig mögliche Form der Emanzipation des Judentums darstellt:

Aus dem bisher gesagten sollte hervorgegangen sein, dass die Hoffnung, welche viele Jüdinnen und Juden in eine Selbstassimilation in die jeweiligen Gesellschaften setzten zumeist vergebens war. Da das Judentum nicht als Religion, sondern als „Rasse“ betrachtet wurde, hing die eigene Zugehörigkeit lediglich von der Abstammung und nicht vom jeweiligen Glauben ab.

Insofern muss die Konsequenz des „dritten Reiches“ lauten, dass Jüdinnen und Juden im Rahmen einer Gesellschaft, deren Grundaxiome Kapital und Staat sind, nicht auf die Assimilation vertrauen können, ohne dem Risiko erneuter Verfolgung und Vernichtung ausgesetzt zu sein.

Der Judenstaat im Sinne Herzls, der zumindest den lange verweigerten Status von Staatsbürgern unter Staatsbürgern verleiht, ist insofern die Konsequenz aus Jahrhunderten der Verfolgung, da im Rahmen eines jüdischen Staates die Möglichkeit besteht, sein Leben mit der Waffe in der Hand zu verteidigen.



Kritik der Psychiatrie – Teil 3

Wie denn überhaupt antipsychiatrische Praxis möglich ist, und ob sie überhaupt möglich ist?

von David Wichera

Franco Basaglia¹ war Psychiater. Er hat verschiedene Psychiatrien geleitet. Nachdem Basaglia tätig gewesen ist, gab es dann, im Gegensatz zu früher, wo immer wieder die Psychiater angebettelt wurden, dass man doch bitte nach Hause gehen dürfe, viele, die nicht mehr nach Hause wollten. Es gab nun offene Türen, sechs von acht Stationen waren offen. Es gab einen Chor, eine Schule und vor allem eine Beschäftigungsform für diese Menschen. Das war aber nicht so eine Beschäftigung, wie man das heute in der Psychiatrie kennt, wo man zum Beispiel einen Holzkasten bastelt oder einen Schmetterling aus Papier ausschneidet und das dann entweder ohne oder gegen sehr geringe Bezahlung. Sondern das waren Aufgaben, die durchaus als Arbeit angesehen werden können, mit der man sich identifizieren kann,

und die auch eher einen Sinn ergeben, zum Beispiel, dass ein Patient bei verschiedenen Untersuchungen des Arztes assistiert hat und entlohnt wurde, mit dem Hintergrund, dass diese Bezahlung möglichst so hoch sein sollte, wie es geht. Es gab einen wöchentlichen Lohn. Egal, ob sie gearbeitet haben oder nicht. Auch gab es dann Filmvorführungen und Tanzveranstaltungen, manchmal Ausflüge, eine autonome Patientenzeitung. Nun konnte jeder anziehen, was er oder sie wollte. Es gab eine Fußballmannschaft, ein selbst geführtes Café und auch eine Bar, innerhalb der dann eine Steuer erhoben wurde, für die zwei Stationen, die noch geschlossen waren. Damit man auch denen noch etwas Gutes zukommen lassen konnte. Es gab dann keine Zäune mehr, keine Gitter und keine Zwangsmaßnahmen. Psychopharmaka wurden nur noch in sehr geringem Umfang eingesetzt und auch sehr selten noch Elektroschocks. Das Personal war von der Kleidung her nicht mehr zu unterscheiden von den Patienten und Patientinnen. Eigentlich war das Wichtigste, was er gemacht hat, Versammlungen einzuführen. Die Absicht dahinter

war, dass die Patienten und Patientinnen eben auch selbst bestimmen können, was da passiert in der Psychiatrie, sie auch die Strukturen verändern können und dann merken, dass auch ihre Handlungen wieder Effekt bekommen, und sie beachtet werden. Dass die Menschen in der Psychiatrie rebellieren sollen, gegen diese Behandlung, die sie bisher bekommen haben, und dass die dann selbstbestimmt werden und sagen, dass sie sich so nicht behandeln lassen möchten, das wollte er erreichen.

Wie kommt man eigentlich in die Psychiatrie?

Dazu muss man entweder für sich selbst oder für seine Umwelt gefährlich sein, beziehungsweise Gegenstand öffentlichen Ärgernisses. Und allein schon dadurch ist eigentlich für ihn die Begründung der Funktion der Psychiatrie ziemlich klar. Es ist eine Schutzmaßnahme und zwar als Schutz der Gesunden vor dem Wahnsinn gedacht.

Die Regeln dieser Institution sind folglich auch an dieser Funktion ausgerichtet, nämlich nach der angeblichen Gefährlichkeit dieser Menschen und nicht

nach der Krankheit, an der sie leiden. Der perfekte Patient ist dann derjenige, der sich möglichst geziemt gibt, sich der Autorität des Personals gegenüber gefügig zeigt und letztlich Dinge auch nicht mit persönlichen Angelegenheiten noch kompliziert macht.

Basaglia sagt zum Beispiel zu ökonomischen Zusammenhängen der Psychiatrie mit der Gesellschaft, dass es bei Diagnosen so ist, dass diese halt einen Ausschluß bewirken aus der Gesellschaft und man da durchaus differenzieren kann. Wenn jemand nämlich reich ist und es sich leisten kann, wenn er in die Krise kommt, zu einer Privat-Psychiatrie zu gehen und sich dort behandeln zu lassen, wird es eine ganz andere Diagnose sein, die festgestellt wird, als bei jemandem, der arm ist und zwangsweise in die Psychiatrie eingeliefert wird. Als Basaglia dann aber länger tätig gewesen ist in verschiedenen Psychiatrien, hat er immer wieder gemerkt, dass es total paradox ist, was er da macht. In einer Institution zu arbeiten, in einem System, wo es darauf ankommt, dass Institutionen möglichst auf einem hohen Funktionalitätslevel geschaffen sind,

bewirkt seine neue Lösung, die er geschafft hat, eigentlich nur, dass diese Institution Psychiatrie nur noch perfekter abläuft und noch reibungsloser. Das hat ihn dann ziemlich verzweifelt, dass er einerseits die Institution ablehnt und gleichzeitig verwaltet. Die Konsequenz dessen war, dass er die Psychiatrie, in der er gearbeitet hat, geschlossen hat

und in die Politik

gegangen ist, wo er es dann erreicht hat, dass 1978 mit dem „Gesetz 180“ alle Psychiatrien in Italien geschlossen wurden, was bis heute noch so ist. Es gibt in Italien keine eigenständige Institution Psychiatrie. Allerdings gibt es bis heute psychiatrische Stationen in allgemeinen Krankenhäusern und ambulante Maßnahmen. Aber wenn jemand auf diese Station im allgemeinen Krankenhaus kommt, dann – so legt es auch bereits dieses Gesetz fest – darf man dort höchstens zwei oder drei Wochen behandelt werden, beziehungsweise eingesperrt werden. Also das hört sich jetzt erstmal ganz gut an, es gibt diese Institution Psychiatrie nicht mehr, aber natürlich ist auch klar,

dass es innerhalb dieser psychiatrischen Stationen nach wie vor Zwangsbehandlungen gibt. Die Psychiatrie hat sich natürlich sehr gewandelt innerhalb der letzten Jahrzehnte. Zwar sind in der heutigen Psychiatrie die Maßnahmen etwas milder, und oberflächlich gesehen ist die Psychiatrie eigentlich immer humaner geworden, aber die Grundsäulen der Psychiatrie, nämlich zum Beispiel, dass die Psychiaterin oder der Psychiater letztendlich entscheidet, wer entlassen wird und auch darüber entscheidet, ob jemand krank ist oder nicht, diese Säulen haben sich nie verändert bis heute.

Die aktuellen antipsychiatrischen Institutionen beziehungsweise Bewegungen:

Innerhalb der 1980er Jahre hat sich dann eine „neue Antipsychiatrie“ gegründet. Peter Lehmann², der da ziemlich wichtig war in dieser „neuen Antipsychiatrie“, hat dieses Wort geschaffen. „Neue Antipsychiatrie“ insofern, als eben diese Bewegung dann vor allen Dingen von Psychiatrie-Betroffenen selbst getragen wurde und nicht mehr von Psychiatern

oder Professionellen. Eigentlich ziemlich wichtig war, dass diese Betroffenen gesagt haben, sie möchten jetzt die Macht an sich reißen und selbst sagen, was sie brauchen und Räume schaffen, wo sie selber nicht mehr Angst haben müssen Gewalt ausgesetzt zu sein, als Ziel für die näher liegende Zeit, wo man nicht befürchten muss, psychiatrische Zwangsmaßnahmen zu erleiden, und man auch nicht mehr mit psychischen Krankheiten diagnostiziert würde, sondern Orte, wo Menschen einfach hingehen und verrückt sein können.

Anfang der 1990er hat dann die „Irren-Offensive“² eine Reise durch Amerika gemacht und sich mit anderen antipsychiatrischen Gruppen getroffen und daraufhin ihre eigene Definition dahingehend verändert, dass sie sich nunmehr als Menschenrechtsgruppe ansah, als Gruppe, die Menschenrechtsverletzungen innerhalb der Psychiatrie kritisiert und dadurch ist natürlich so ein bißchen dieser radikalpolitische Anspruch abhanden gekommen. Aber bis heute sind sie eine Bewegung, die sehr aktiv ist was Antipsychiatrie angeht. Und ihre Schwerpunkte aktuell, sind etwa die

Patientenverfügung, die ja irgendwo gerade im Bundestag hängen geblieben ist. Also im Moment wird da irgendwie so ein Gesetz zu erschaffen versucht, wo dann Patienten, egal was für Patienten das dann sind, da ihren Wunsch niederlegen können und der halt eben beachtet werden muss. Es geht darum, das dann so umzusetzen, dass es dann eben halt auch für Psychiatrie-Betroffene gültig ist. Aktuell kritisieren sie auch die Umsetzung der UN-Konvention für Behinderte. Das ist eine ganz neue UN-Konvention, die 2006 niedergeschrieben worden ist mit Hilfe von ganz vielen Betroffenen-Verbänden in Amerika, in New-York. Das ist halt eine UN-Konvention, die die Menschenrechte für Menschen mit Behinderung festlegt. Das ist ganz wichtig, dass man einen Paradigmenwechsel eingeht. Und zwar, dass die Selbstbestimmung der Menschen möglichst gewahrt werden sollte. Jegliche Form der Diskriminierung aufgrund einer Behinderung soll abgeschafft werden. Unter diese werden auch Menschen mit einer psychischen Krankheit gefasst. Diese UN-Konvention wird gerade in vielen Ländern ratifiziert, unter anderem auch in Deutschland. Was

da drin steht, soll halt eben gesetzlich bindend sein. Allerdings ist der Original-Text ins Deutsche so übersetzt worden, dass ganz viele Dinge abgeschwächt wurden - nichtsdestotrotz ist es ein gutes Papier - aber zum Beispiel Selbstbestimmung kommt da jetzt gar nicht mehr drin vor und ist durch ein anderes Wort ersetzt worden, das nicht mehr so kräftig ist. Der Gesetzestext dazu ist auch ziemlich einfach und ziemlich schlicht. Was natürlich ein blanker Hohn ist: einen Paradigmenwechsel vollziehen zu wollen und dann im Gesetz nieder zu schreiben, Kosten würden dafür aber keine veranschlagt.

Eigentlich sollte klar sein, wenn diese UN-Konvention so umgesetzt werden sollte, wie es drinsteht, dann ist damit jegliche Basis für Zwangsmaßnahmen und Zwangseinweisungen delegitimiert. Also damit ist es nicht mehr möglich, Menschen gegen ihren Willen in die Psychiatrie einzuweisen. Ist natürlich noch die Frage, wie es dann umgesetzt wird. Wie gesagt, bereits die Übersetzung ins Deutsche ist sehr zu kritisieren. Ab Anfang Januar soll dann dieses Gesetz rechtsgültig werden.

Aus der „Irren-Offensive“ ist das Weglaufhaus „Villa Stöckle“ entstanden.

Und zwar hat die „Irren-Offensive“ innerhalb der 1980er Jahre sogenannte Weglaufhuiser in den Niederlanden besucht. Man war sich dann ziemlich schnell darüber einig, dass man dieses Konzept für Berlin übernehmen wollte, aber es noch etwas ausarbeiten wollte. Dann hat man sich daran gesetzt, ein Konzept auszuarbeiten und über dieses Konzept-Ausarbeiten ist eine Spaltung entstanden. Es gab die eine Fraktion, die gesagt hat, es soll ein Haus nur für Verrückte sein und die zweite Fraktion war sich darüber einig, dass auf jeden Fall Professionelle im Haus arbeiten sollten.

Nach langen politischen Kämpfen wurde dann 1996 am 1. 1. das Weglaufhaus eröffnet, und es ist seitdem in Betrieb. Die Praxis des Weglaufhauses in kurzen Worten zu beschreiben ist immer ziemlich schwierig. Ich nenne mal so einige Eckpunkte, die da wichtig sind:

- Die Selbstbestimmung

- Möglichst die Arbeit transparent zu machen. Transparenz meint auch, dass wir immer wieder transparent machen, wie wir zueinander stehen.
 - Die Hausordnung ist eigentlich ganz simpel: Auf jeden Fall keine Gewalt im Haus, keine Drogen im Haus und kein Alkohol im Haus.
 - Wir lehnen das Modell der psychischen Krankheit ab, also wir arbeiten nicht mit Diagnosen. Weil wir Diagnosen zum einen als etwas erleben, was eigentlich nur den Blick auf den Menschen sehr vereinfacht auf negative Seiten und Probleme, und man halt darüber hinaus vergisst, dass diese Menschen auch noch ganz viele Kompetenzen haben und auch total vieles immer noch schaffen. Zugleich ist so eine psychische Krankheit auch ein Stigma, weil viele Menschen, die so eine psychische Krankheit diagnostiziert bekommen haben, die finden dann keinen Arbeitsplatz mehr.
 - Auch ist es so, dass wir Psychopharmaka ablehnen.
 - Zudem haben wir eine Quote, dass fünfzig Prozent der Leute, die bei uns arbeiten, selber als Patient oder Patientin in der Psychiatrie gewesen sein müssen. Es ist insofern eine ziemlich wichtige Kompetenz, dass halt nicht irgendwelche Leute, die irgendwas mal studiert haben und jetzt denken, sie wüssten genau Bescheid, da die Arbeit bestimmen, sondern Leute, die selber in der Psychiatrie gewesen sind, Leute, die selber Psychopharmaka genommen haben, Leute, die selber Zwangsbehandlungen mitbekommen haben.
 - Ansonsten ist es uns ziemlich wichtig, dass sich die Bewohner und Bewohnerinnen bei uns viel beteiligen an dem Geschehen, was da im Haus passiert.
- Abschließen möchte ich mit dem relativ bekannten **Experiment von Rosenhan.**
- Im Jahr 1973 veröffentlichte der amerikanische Psychologieprofessor David L. Rosenhan in der Zeitschrift „Science“ den Bericht über ein

außergewöhnliches Experiment, das dann weit über seine Fachwelt hinaus für Aufsehen sorgte. Der französische Philosoph Michel Foucault wünschte im gleichen Jahr dem Amerikaner einen Nobelpreis für wissenschaftlichen Humor. Der Grund war, dass fünf Männer und drei Frauen sich dadurch den Status von Psychatriepatienten verschafften, dass sie Ärzten erklärten, sie würden Stimmen hören, die die Worte „leer“, „hohl“ und „dumpf“ sagten. Das waren aber gesunde Leute, die diese Symptome hauptsächlich beim Aufnahmegespräch vorspielten und danach nicht mehr. Sie suchten also insgesamt zwölf psychiatrische Krankenhäuser auf, forschungsorientierte ebenso, wie alte, manche waren personell unterbesetzt, andere hingegen waren eigentlich ganz gut ausgestattet.

Die Schauspielerei der Pseudopatients beschränkte sich darauf, dass sie andere Namen angaben, aus der Furcht heraus, dass eine psychiatrische Diagnose für ihren weiteren Werdegang schädlich sein könnte und, dass manche auch einen anderen Beruf angaben. Ansonsten verhielten sie sich so normal, wie sie es gewohnt waren, und wie es ihnen möglich war. Und

die Pflegeberichte registrierten sie denn auch dementsprechend als freundlich und kooperativ.

Trotzdem wurden sie nicht als Pseudopatients entlarvt und es wurde auch nicht die andere ebenso richtige Feststellung getroffen, dass man sich diese Symptome nicht mit den vorhandenen Mitteln erklären könne. Die Mitglieder an diesem Experiment waren zwischen sieben und zweiundfünfzig Tagen hospitalisiert, neunzehn Tage im Durchschnitt. Und alle wurden entlassen mit der Diagnose abklingende Schizophrenie. Das ist eigentlich auch deswegen so erstaunlich, weil während der ersten drei Aufenthalte fünfunddreißig von hundertachtzehn Patienten der Aufnahmestation den Verdacht äußerten, dass es sich um keine echten Patienten handeln könne. Das Personal hingegen nie, was natürlich sicher mit der Tatsache zusammenhängt, dass die Pfleger relativ wenig Zeit mit den Patienten und Patientinnen zusammen verbrachten, und die Ärzte sogar noch weniger, und dass es natürlich für einen Psychiater ein geringeres Risiko bedeuten mag, einen Gesunden für krank zu halten, als umgekehrt einen Kranken für

gesund.

Dieses Experiment wurde dann Mitgliedern eines Forschungs- und Lehrhospitals vorgestellt. Die Antwort war natürlich von den Mitgliedern: Ja, das könnte bei uns niemals passieren. Woraufhin Rosenhan gesagt hat: Grund genug für mich jetzt eine Gegenprobe zu machen. Wir werden das gleiche Spiel auch bei euch spielen, innerhalb der nächsten drei Monate kommen ein oder mehrere Pseudopatients zu euch. Rosenhan hat jetzt folgendes gemacht: Er hat niemanden losgeschickt.

Das Ergebnis war dann folgendes: einundvierzig von hundertdreiundneunzig Patienten sollten nach Ansicht von mindestens einem Mitglied des Pflegepersonals trotzdem Pseudopatients gewesen sein. Dreiundzwanzig Patienten wurden als Pseudopatients entlarvt von mindestens einem Psychiater, und immerhin noch neunzehn von einem Psychiater, sowie einem anderen Mitglied des Personals.

Was Rosenhan, der selber an diesem Experiment

teilgenommen hat, besonders auffiel war: Einmal als abnormal abgestempelt, färbt dieses Merkmal die Wahrnehmung von der betreffenden Person völlig ein, und man übersieht die normalen Anteile oder interpretiert sie falsch. Die Lebensgeschichte wurde so umgedeutet, dass sie mit der gängigen Schizophrenietheorie übereinstimmte. Das Personal schien von der Annahme auszugehen, dass die Menschen, weil sie sich ja im Krankenhaus aufgehalten haben, geistig gestört sein mußten. Und da sie für sie geistig gestört waren, waren auch so normale Tätigkeiten, wie etwa das Anfertigen von Notizen, Ausdruck der Krankheit. Nie hatte das Personal erkennbar die Idee, dass irgendwelche Verhaltensweisen, die es beobachtete, etwas mit dem Krankenhaus oder den Interaktionen zu tun haben könnte. Einundsiebzig Prozent der Psychiater und achtundachtzig Prozent der Schwestern und Pfleger sind bei ganz normalen Fragen von Patienten einfach weiter gelaufen ohne den Fragesteller zu beachten. Und das ist eigentlich auch ein Verhalten, was in normalen Interaktionen, auch wenn Menschen wenig Zeit haben, nicht vorkommt, was Rosenhan belegen

konnte. Und es konnte beobachtet werden, wie Pfleger Patienten verbal oder physisch mißhandelten, solange sie sich nicht vom übrigen Personal beobachtet fühlten. Waren lediglich Patienten die Zeugen, so hinderte sie das offenbar nicht daran rüde mit ihnen umzuspringen. Da Patienten ja nuneinmal nicht glaubwürdig sind.

¹ „Franco Basaglia (* 11. März 1924 in Venedig; † 29. August 1980 ebenda) war ein italienischer Psychiater. ... Franco Basaglia zählt neben Ronald D. Laing, ... David Cooper ... und Michel Foucault zu den wichtigsten Vertretern der Antipsychiatrie.“ (Wikipedia)

² „Peter Lehmann (* 1950 in Calw/Schwarzwald) hat ein Diplomstudium im Fach Sozialpädagogik absolviert. ... Nach seinem Aufenthalt in der Psychiatrie vertrat er ... als ehemaliger Patient antipsychiatrische Positionen. Unter anderem war er 1980 Mitbegründer der Berliner Irren-Offensive“ (ebd.)

Dieser Text ist der dritte und letzte Teil unserer Serie zur Kritik der Psychiatrie von David Wichera. Es handelt sich um eine gekürzte Fassung des Vortrags, den dieser bei einer Veranstaltung von junge linke köln am 4. 11. 2008 gehalten hat. Der Referent arbeitet seit mehreren Jahren im Weglaufhaus "Villa Stöckle", der einzigen antipsychiatrischen Einrichtung in Deutschland.

Broschüre von

junge linke köln (Hg.):

drugs & politics

„beschäftigt sich am Beispiel von Hanfprodukten, sowie anderer, die Listen der Betäubungsmittelgesetzgebungen füllenden Drogen, mit dem Thema Drogenpolitik, einem ‚Sammelsurium meist hilfs- und wirkungsloser, repressiver, präventiver und therapeutischer Reaktionen auf Funktionen und Folgen eines ... Schwarzmarkts, den es ... gar nicht gäbe, hätte man ihn ... nicht erst erzeugt‘¹“¹ Scheerer, S. 2001

24 S., A4, s/w, 1,10 €/Stück (+Porto)

Bestellungen an:

jungelinke@gmx.de

WM 2010: „Ein Stern, der Deinen Namen trägt ...“

Von Philipp Jacks

Eine Kampagne unterstützt Entschädigungsklagen von südafrikanischen Apartheidopfern gegen Daimler und Rheinmetall. Weitere Beklagte sind die US-Autobauer Ford und General Motors sowie der Technologiekonzern IBM.

Der Auftritt der deutschen Fußball-Nationalmannschaft bei der WM in Südafrika steht unter keinem guten Stern. Das Problem sind nicht die



Fußballer selbst, sondern deren Hauptsponsor: Mercedes-Benz. Bei SüdafrikanerInnen, die ihr Leben im Kampf gegen das rassistische Apartheidregime riskiert haben, ruft das Daimler-Logo dunkle Erinnerungen wach. Die Vorwürfe gegen Daimler: Die

Lieferung von mindestens 2.500 Unimogs, die als Truppentransporter oder Raketenwerfer genutzt wurden, außerdem Dieselmotoren für Panzer und Hubschrauber zur Überwachung von Demonstrationen. Durch seine Geschäfte mit dem Apartheidregime beteiligte sich Daimler an der Unterdrückung des schwarzen Befreiungskampfes und der Destabilisierung der Region. Die zunehmende Aufmerksamkeit durch die WM in Südafrika soll auch dazu genutzt werden, den Druck auf Daimler in Deutschland zu erhöhen.

Denn derzeit spielen die Unternehmen auf Zeit, Daimler hat der südafrikanischen Regierung sogar mit Rückzug aus dem Land gedroht, wenn sie sich nicht gegen diese Klagen stellt. Bei der südafrikanischen Regierung hatte Daimler damit keinen Erfolg. Die deutsche Bundesregierung hingegen hat deutlich Position bezogen – gegen die Klagen.

„Diese Unternehmen haben jahrelang profitable Geschäfte im und mit dem Apartheidstaat gemacht. Die Vereinten Nationen haben Apartheid seit 1966 viele Male als ‚Verbrechen an der Menschheit‘ bezeichnet. Das verpflichtende Rüstungsembargo vom

November 1977 wie auch die Wirtschaftssanktionen 1986 waren unübersehbar. Das heißt: die Unternehmen, die mit dem Apartheid-Staat profitable Geschäfte machten, wussten, was sie taten“, so Dieter Simon von der Koordination Südliches Afrika. „Sie waren Helfershelfer eines kriminellen Systems. Der Hinweis darauf, dass sie die Landesgesetze in Südafrika befolgen mussten, enthebt sie nicht der Verantwortung“, ergänzt Simone Knapp von der Kirchlichen Arbeitsstelle Südliches Afrika. Den Vorwürfen entgegnet das Unternehmen, dass beispielsweise Jürgen Schrempp, der damalige Vize-Präsident von Daimler-Benz in Südafrika und spätere Daimler-Benz AG Vorstandsvorsitzende, seine Position in Südafrika dazu genutzt hätte, sich öffentlich gegen Apartheid auszusprechen. Wenn gleichzeitig allerdings Waffen und Hubschrauber an eben dieses Regime geliefert werden, sind warme Worte leider nicht viel wert, sie wirken eher zynisch. Auch die weitere Verteidigung, dass Staatspräsident Nelson Mandela persönlich im Jahre 1999 die höchste südafrikanische Auszeichnung für ausländische Privatpersonen, den „Order of Good Hope“ an Jürgen

Schrempp verliehen hat, verschweigt, dass diese Auszeichnung für sein Engagement nach dem Ende der Apartheid verliehen wurde, weil er auf Wunsch von Nelson Mandela in dessen Heimatregion ein Krankenhaus und eine Schule bauen ließ. Dass er ihn außerdem zum südafrikanischen Generalkonsul von Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und dem Saarland ernannt hat, sollte vor allem gute und kontinuierliche Wirtschaftsbeziehungen sichern – nach dem Ende der Apartheid war es wichtig, die instabile Wirtschaftslage nicht zusätzlich zu belasten. So ist denn auch die heutige südafrikanische Regierung die erste, die die Entschädigungsklagen unterstützt. Bisher hatten die Regierungen solche Klagen stets mit der Begründung abgelehnt, dass Entschädigungsklagen die internationalen Beziehungen belasten könnten. Das Unternehmen führt zu seiner weiteren Verteidigung an, dass es sich seit den frühen 1990er-Jahren für die „gesellschaftliche Integration von HIV-Infizierten“ engagiere. Auch hier kann man in Anbetracht der Waffen- und Rüstungsgeschäfte wohl getrost von einem Feigenblatt sprechen, das das Firmenimage PR-

trächtig aufpolieren soll.

Im April 2009 hat denn auch ein US-Bundesbezirksgericht in New York eine Sammelklage wegen Beihilfe zu schweren Menschenrechtsverletzungen während der Apartheid gegen Daimler und vier weitere Konzerne zugelassen.

Am 30.11.2009 hat das New Yorker Center for Constitutional Rights in Zusammenarbeit mit dem European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR), medico international und weiteren Unterstützern ein Gutachten zur Bedeutung der juristischen Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen verfasst und beim Southern District Court of New York eingereicht. „Das Gutachten legt insbesondere dar, dass gerade die Rolle von Unternehmen für die Unterstützung und Förderung von Systemunrecht rechtlich geahndet werden muss“, so Miriam Saage-Maaß vom ECCHR.

In dem Gutachten wird darauf verwiesen, dass Unternehmer bereits in den Nürnberger

Nachfolgeprozessen zwischen 1946 und 1949 wegen der Förderung der NS-Verbrechen und wegen der direkten Begehung von Völkerstraftaten zur Verantwortung gezogen wurden. Die in jüngerer Zeit gerade auch in den USA eingereichten Klagen gegen Unternehmen knüpfen an diese wichtige Tradition an und stellen einen Beitrag zu einer umfassenden Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen dar, die sich nicht allein auf die Rolle staatlicher Akteure beschränkt.

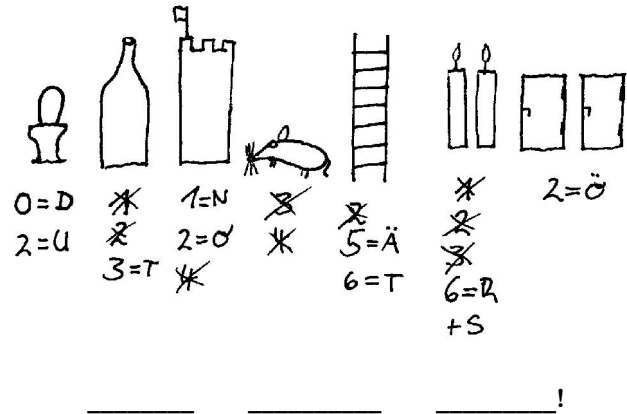
„Es ist daher unbedingt notwendig, die Verantwortung europäischer Unternehmen für die Unterstützung der Verbrechen des südafrikanischen Apartheidsystems vor Gericht zu bringen“, fordert Bernd Eichner von medico international.

Am 25. Januar fand in Frankfurt am Main eine überfüllte Veranstaltung von medico international zu diesem Thema statt, in dessen Anschluss auch über Möglichkeiten einer gemeinsamen "Anti-Daimler-Kampagne" (Arbeitstitel) diskutiert wurde. Die Koordinations- und Kontaktzentrale hierfür ist das Frankfurter medico-Büro. Einen interessanten Termin

kann man sich aber schon mal vormerken: die Daimler Aktionärsversammlung am 14. April.

Bilderrätsel

by 4e



„Kölsche ... prima un mit nix jet am Hoot“

von Fido
(, dem nichts ferner liegt, als das Kölsche zu imitieren)

Daß im hiesigen Stadtrat Faschos sitzen, wird zumeist genauso großzügig übersehen oder gar geleugnet, wie die Tatsache ignoriert, daß sich im Rheinland zunehmend rechtsextreme Gruppen, sogenannte Autonome Nationalisten, ausbreiten. „Pro Köln? Das sind doch keine Nazis“, so oder ähnlich klingen auf der Straße üblicherweise die Reaktionen ihrer zumeist bürgerlichen WählerInnenschaft auf Versuche, über den rassistischen Gehalt ihrer populistischen Masche aufzuklären. In den „Veedel“ genannten Stadtteilen, wie etwa Mülheim, nehmen überdies Nazischmierereien und Aufkleber zu, gelegentlich kommen in Köln sogar gewalttätige Übergriffe auf als Linke oder MigrantInnen Deklarierte vor. Die Stadt und ihre Ureinwohnerschaft gelten hier normalerweise in weiten Kreisen als das Beste auf der Welt – pardon, „Hätz vun dr Welt“ – und das

wiederum als tolerant bis zum geht nicht mehr. Toleranz scheint aber auch für Nazis zu gelten, denen die anderen Ratsfraktionen, mitunter nicht zuletzt aufgrund inhaltlicher Überschneidungen, außer distanzierter Ignoranz bisher wenig entgegen zu setzen haben. Sie zeigen sich zumeist mit dieser Konkurrenz restlos überfordert. Kein Wunder, ist man doch vielfach stolz auf das sogenannte Kölsche Grundgesetz, deren erste drei Artikel lauten: „Et es wie et es“, „Et kütt wie et kütt“ und „Et hätt noch immer jot jejeange“. Bloß ist es das selten. Man hat in dieser Stadt lediglich traditionell Übung darin, die Augen zu verschließen und zu behaupten, mit Rassismus und dergleichen nichts zu tun zu haben. So entgegnete man vor rund zehn Jahren angesichts eines hiesigen Naziaufmarsches etwa: „Wir sind Kölner und ihr nicht!“ Man beruft sich gerne auf die vermeintlich bessere Stadtgemeinschaft, die von der Volksgemeinschaft strikt zu trennen sei und mit dieser überdies noch nie etwas zu tun gehabt habe. Wie der Dom und der Karneval, so gehört es zu Köln, daß man vor der eigenen Geschichte am besten die Augen verschließt, sofern sie nicht geeignet erscheint,

ein positives Bild der Stadt zu vermitteln. Bereits gegen Ende des 19. Jahrhunderts wurden jedoch anlässlich eines Rosenmontagszuges „Aechte Menschenfresser“ auf dem Präsentierteller dargeboten und „Held Carneval“ zeigte sich als „Colonisator“, ein Beispiel dafür, wie sich die Stadt schon früh in eben jene rassistisch konnotierte Volksgemeinschaft einfügte. Noch 1938 wollten die jecken KarnevalistInnen die deutschen Kolonien zurück haben. Freude an exotischen Darstellungen, gepaart mit herablassender Arroganz, kamen in Karnevalsgruppen mit Namen wie „Löstige Kölsche Afrikaner“, „Negerköpp“ und „Neppeser Kannibale“ zum Ausdruck. Das Rautenstrauch-Joest-Museum, ein Ausstellungsort für Völkerkunde, das nach sündhaft teuren Neubaumaßnahmen dieses Jahr neu eröffnet werden soll, ist nach dem Rassisten Wilhelm Joest benannt, dessen Motto lautete: „Der freigewordene Neger arbeitet nur, wenn er durch Hunger, Not oder Prügel dazu gezwungen wird.“
Lange Zeit – und versucht wird das zum Teil noch immer – wurde auch der Mythos aufrecht erhalten, in Köln habe man so gut wie nichts mit der Nazidiktatur

zu tun gehabt – der Carneval schon gleich gar nicht. Dabei sammelten Kölner Narren fleißig Spenden für das Winterhilfswerk der NSDAP und man hat weitreichend mit den deutschen Faschisten kooperiert, den Führer selbst gar begeistert als Befreier hochleben lassen, als dieser das bis dahin entmilitarisierte Rheinland unter Bruch des Versailler Vertrags mit Hilfe der Wehrmacht wieder unter militärische Fittiche nahm. Die Aufmärsche des Karnevals-Korps wurden auf Betreiben des Karnevalspräsidenten Thomas Liessem von der Kapelle der SA-Brigade 71 begleitet und für die Roten Funken spielten Musiker der hiesigen SS-Standarte auf. Karnevalssitzungen der großen Gesellschaften wurden häufig mit Hitlergruß und Horst-Wessel-Lied eingeläutet und Büttенredner rissen antisemitische Witze, welche beim närrischen Publikum überschwängliche Freude auslösten. „Die Jüdde wandern uss“ lautete ein beliebter antisemitischer Karnevalsgassenhauer. Man gab sich völkisch und hielt sich rigoros daran, daß die Nazigrößten in den Reden nicht dem Spott preisgegeben wurden. Fotografische Abbildungen der Rosenmontagszüge aus der Zeit des deutschen

Faschismus belegen eindeutig, daß Rassismus und Naziideologie selbstverständlicher Bestandteil des närrischen Treibens waren. So fuhr etwa unter dem Jubel der Kölner am Rosenmontag 1934 im Zug ein sogenannter „Palästina-Wagen“ mit, der unter dem Schlagwort „Die Letzten ziehen ab“ auswandernde Juden diffamierte. Derartige antisemitische Wagen gehörten zu jener Zeit zu jedem Karnevalsanzug. Zudem ließen die närrischen Gesellschaften ausschließlich als volkszugehörig geltende Deutsche als Mitglieder zu. Auch 1938, dem Jahr der Reichspogromnacht, ließ man sich nicht die Freude am Karnevalsbeginn nehmen. In der ganzen Stadt waren die Zeichen der Zerstörung noch unübersehbar, als man am Elften im Elften auf dem Alter Markt schon wieder fröhlich den Sessionsauftakt beging und das Dreigestirn anschließend unweit der zerstörten Synagoge auf der Schildergasse für die „Volkswohlfahrt“ sammelte.

Ausnahmen dieser braunen Jeckengeschichte gab es nur vereinzelt. Ein rühmliches Beispiel ist der Kölner Karnevalist Karl Küpper (1905-1970). In der zweiten

Hälfte der 1920er Jahre begann er sich mit Büttenreden ein Zubrot zu verdienen und wurde im Sitzungskarneval recht bald bekannt. Nach der Regierungsübernahme durch die Nazis hielt er mit seiner, dem offiziellen Zeitgeist entgegenstehenden, Ansicht nicht hinter dem Berg. In damaligen Radiosendungen meldete er sich zunächst noch zu Wort, bis er mit der, auf den Hitlergruß abzielenden, Begründung: „Die dunn do immer su komisch ‚Hallo' roofo“ seine Mitarbeit einstellte. Über diesen Gruß machte er sich in der Bütt auch weiterhin lustig, indem er den Arm, auf die damals übliche Weise, erhob und dazu verkündete: „Su huh litt bei uns dr Dreck em Keller!“ oder „Eß et am rähne?“ 1939 erhielt er, dieser Art des Spottes wegen, ein Auftrittsverbot und mußte sich regelmäßig bei der geheimen Staatspolizei (Gestapo) melden. Im privaten Kreis trat er jedoch weiterhin im Karneval auf, wurde jedoch im Jahr 1941 gewarnt, daß man gedenke, ihn in Kürze zu verhaften, was er nur abwenden konnte, indem er sich freiwillig zur Wehrmacht meldete, wo er im Fronttheater Verwendung fand. Nach der amerikanischen Kriegsgefangenschaft trat er wieder

im Karneval auf, unter anderem zusammen mit Trude Herr. Küpper machte sich weiterhin über die deutschen Faschisten lustig, was ihm unter KarnevalistInnen auch jetzt nicht nur Freunde einbrachte.

Noch Anfang der 1950er Jahre knüpfte Liessem an die Zielsetzungen des 1937 gegründeten *Bundes Deutscher Karneval* an, indem er meinte, „den Karneval sauber und rein ... erhalten und diesen Volksbrauch vor Verfälschung und Entartung“ schützen zu müssen. Liessem war von 1935 bis 1939 Präsident des Festkomitees und erneut von 1956 bis 1963. Er war maßgeblich daran beteiligt, die mit der NS-Ideologie verstrickte Jeckenhistorie umzudeuten. 1967 wurde die höchste karnevalistische Auszeichnung in Leben gerufen, die in Köln verliehen wird, die Willi-Osternann-Medaille, benannt nach dem bekannten, närrischen NSDAP-Mitglied und Freundes von Liessem.

Die traditionellen Karnevalsvereine bestritten in der Nachkriegszeit die Geschehnisse vehement und täten dies wohl noch heute, wären sie nicht durch

geschichtswissenschaftliche Forschung in den 1990er Jahren widerlegt worden, und das, obwohl viele Belege zur Verschleierung der eigenen Umtriebe vernichtet, ganze Seiten aus den Büchern der Karnevalsgesellschaften kurzerhand herausgerissen worden waren. Noch in den 1990er Jahren wurde gegenüber, zu dieser Thematik recherchierenden, Wissenschaftlern oft wenig Entgegenkommen gezeigt. Man solle die Geschichte doch lieber ruhen lassen. Aber: Lokalpatriotismus ist und bleibt Patriotismus und Liebe macht blind, schon gar Selbstverliebtheit, die hier als Einziges grenzenlos zu sein scheint: Kölle Alaaf! – was soviel heißt, wie: Alles lobe Köln! oder Köln über alles! Wer denkt da nicht unwillkürlich an die erste Strophe des Deutschlandliedes?

Fernsehtipp zum Thema: 9. 2. 2010, WDR 00:00 Uhr „Heil Hitler und Alaaf! Karneval in der NS-Zeit, Doku von Thomas Förster und Carl Dietmar

Who are you?

junge linke köln sind Mitgliedsgruppe der JungdemokratInnen/Junge Linke (JD/JL) NRW, einem parteiunabhängigen, bundesweit organisierten Jugendverband.

JD/JL-radikal

Wir begreifen unsere Politik nicht als Verbesserungsvorschläge für herrschende Regierungen, sondern als neue Perspektiven einbringende und radikal, d. h. an die Wurzel gehend, kritisierende Praxis. Unsere Arbeit orientiert sich nicht daran, was allgemein für machbar gehalten wird. Wir lassen uns nicht auf die Logik des kapitalistischen Systems ein.

JD/JL-undogmatisch

Wir hinterfragen Begriffe und Ideologien immer wieder und lehnen dogmatische, starre Denkweisen ab. Gerade die Möglichkeit vieler Meinungen und Interpretationsansätze sind für unseren Verband

charakteristisch. So gibt es auch keine feste Ausrichtung, sondern wir bewegen uns in einem weiten Spektrum von antiautoritären, ökologisch alternativen, sozialistischen, anarchistischen und autonomen Kreisen.

JD/JL-parteiunabhängig

JungdemokratInnen gibt es seit langem mit wechselvoller Geschichte. Bis 1982 waren sie Jugendorganisation der FDP, von der man sich jedoch mit Einzug antiautoritärer und antikapitalistischer Ideen im Verband löste. 1992 fand der Zusammenschluß mit der, in der DDR gegründeten, marxistischen Jugendvereinigung Junge Linke statt.

JD/JL-außerparlamentarisch

Wir sehen keine Möglichkeit, allein über Parlamente tiefgreifende demokratische Veränderungen zu bewirken. Sie sind zwar gesellschaftliche Errungenschaften, doch ihr Einfluß ist begrenzt. Parteien sind von großer Bedeutung für kleine Reformen, Vertrauen verdienen sie nicht.

Demokratischer Fortschritt läßt sich nur gegen den kapitalistischen Staat und seine Akteure mittels außerparlamentarischem Druck der Linken durchsetzen.

JD/JL-aktiv

JD/JL beteiligen sich an zahlreichen Initiativen zu Themen, wie z. B. Antifa, Feminismus und Ökologie, aber greifen auch selbstbestimmt ein, wenn es um Bildungs-, Sozial- oder Drogenpolitik geht. Es gilt Herrschaftsverhältnisse offenzulegen, autoritäre Strukturen anzugreifen und gegebenenfalls durch Emanzipatorische zu ersetzen. So kämpfen wir etwa gegen Rassismus in Staat und Gesellschaft, sowie die Errichtung eines Überwachungsstaates.

Impressum:

PoPo – Die Politik Postille Nr. 4 erscheint im Februar 2010 und wird herausgegeben von Junge Linke Köln (c/o NaturfreundInnenhaus Kalk, Kapellenstr. 9a, 51103 Köln, jungelinke@gmx.de), Namentlich gekennzeichnete Texte geben nicht zwangsläufig die

Meinung der HerausgeberInnen wieder.
Redaktionsschluß der nächsten Ausgabe ist der 27. 5. 2010. v. i. S. d. P: D. Josten, c/o JD/JL NRW, Brückstr. 46, 44787 Bochum

www.jungelinke.tk

Coupon (einfach ausfüllen, ausschneiden und an Junge Linke Köln c/o Naturfreundehaus Köln Kalk, Kapellenstr. 9a, 51103 Köln oder jungelinke@gmx.de senden)

Ich will ...

0 ... kostenlos mehr Infos!

0 ... zu Euren Veranstaltungen eingeladen werden!

0 ... Mitglied werden!

AbsenderIn: _____
